

Aufstieg der radikalen Rechten

Ursachen und Gegenstrategien (Teil 1)

In den letzten Jahren prägt der Aufstieg der radikalen Rechten zunehmend die politische Entwicklung vieler Länder. In den westlichen Demokratien gehörte die radikale Rechte seit dem Zweiten Weltkrieg zwar in unterschiedlichen Ausprägungen kontinuierlich zum politischen Spektrum, blieb jedoch über Jahrzehnte hinweg in den meisten Staaten eine eher marginale Erscheinung. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts lässt sich jedoch nahezu in ganz Europa und darüber hinaus ein deutlicher Bedeutungszuwachs beobachten. Parteien der radikalen Rechten fungieren mittlerweile nicht mehr nur als starke Oppositionskräfte, sondern übernehmen in einer wachsenden Zahl von Ländern auch Regierungsverantwortung. Parallel dazu gewinnen außerparlamentarische Strömungen

und Gruppierungen an Dynamik. Rechtsradikale Ästhetiken, Symboliken und Positionen sind im öffentlichen Diskurs sichtbarer geworden; zugleich nimmt ihre Präsenz im öffentlichen Raum zu.

Léonie de Jonge und
Damir Skenderovic

So sind denn auch die Fragen nach den Ursachen dieses Aufstiegs sowie nach wirksamen Strategien des Entgegentretens und Eindämmens zentral. Um Ordnung in die vielfältige Ursachenanalyse und die Fülle der Erklärungsansätze zu bringen, wird in der Forschung zwischen Nachfrage- und Angebotsseite unterschieden. Während die Nachfrageseite vor allem Einstellungen, Wahrnehmungen und Motive der Wählenden in den Blick nimmt, richtet sich die Aufmerksamkeit auf der Angebotsseite auf das Handeln der politischen und gesellschaftlichen AkteurInnen und den institutionellen und diskursiven Rahmen, in dem sie sich bewegen. Dieser Beitrag legt den Schwerpunkt auf die Angebotsseite und skizziert anhand von Beispielen aus der Schweiz und Belgien einige zentrale Erklärungsansätze. Im Mittelpunkt stehen Diskurse, Strategien und Organisationsformen der radikalen Rechten sowie die Positionierungen und strategischen Entscheidungen anderer gesellschaftlicher AkteurInnen wie etablierter Parteien, Medien und Gewerkschaften, die maßgeblich die politischen Gelegenheitsstrukturen prägen, innerhalb derer radikal rechte Kräfte agieren.

Vielzahl der Begriffe

Für die AkteurInnen am rechten Rand des politischen Spektrums existieren zahlreiche Begriffe, die in öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten häufig

Léonie de Jonge ist Professorin für Rechtsextremismusforschung mit dem Schwerpunkt politische Akteure und Ideologien am Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) der Universität Tübingen. Sie studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen in den USA und im Vereinigten Königreich und promovierte 2019 an der University of Cambridge. Ihre Dissertation befasste sich mit Erfolg und Misserfolg rechtspopulistischer Parteien in den Benelux-Ländern. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit dem Aufstieg und der Normalisierung der extremen Rechten sowie mit gesellschaftlichen und politischen Reaktionen darauf.

Damir Skenderovic ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Fribourg (Schweiz). Seine Forschungsschwerpunkte sind Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, historischer Faschismus, Migrationsgeschichte und Gegenkulturen. Als Mitherausgeber hat er jüngst publiziert: *Un/doing Race. Rassifizierung in der Schweiz* (Zürich Seismo 3. Aufl. 2025, mit Jovita dos Santos Pinto u. a.) und *Rückkehr des Politischen. Inszenierung und Herausforderung von Macht in der Geschichte / Le Retour du politique. Mettre en scène et défier le pouvoir à travers l'histoire* (Zürich Chronos 2025, mit Cenk Akodoganbulut u. a.).

—
**Zu den zentralen
 ideologischen
 Kernelementen
 zählen
 insbesondere
 Nativismus und
 Autoritarismus.**
 —

synonym gebraucht werden – von Neofaschismus über Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus bis hin zu Rechtspopulismus. Der Oberbegriff „radikale Rechte“ umfasst sowohl rechtspopulistische (illiberal, aber formal demokratisch) als auch rechtsextreme (antidemokratische) Strömungen. Zwar lassen sich diese Strömungen theoretisch und konzeptionell voneinander unterscheiden, in der politischen Praxis erweisen sich die Übergänge jedoch häufig als fließend und sind von inhaltlichen Überschneidungen geprägt. Grundsätzlich bezieht sich der Begriff der radikalen Rechten auf Ideen, Vorstellungen, Bewegungen und Parteien, die Ungleichheit und Ungleichwertigkeit als naturgegeben betrachten und eine hierarchische Ordnung der Gesellschaft als erstrebenswert erachten. Damit widersprechen sie einem zentralen normativen Grundprinzip liberaler Demokratien, nämlich der Gleichheit aller Menschen. Die postulierte Ungleichheit bezieht sich auf reale oder zugeschriebene kulturelle, ethnische, religiöse, ökonomische, geschlechtliche oder andere Merkmale.

Im Kern einen die verschiedenen Spielarten der radikalen Rechten ein ausgrenzendes und hierarchisches Weltbild, das diskriminierende und entmenschlichende Vorstellungen einschließt und auf die Überlegenheit bestimmter Gruppen sowie auf die Sicherung oder Wiederherstellung ihrer Dominanz abzielt. Zu den zentralen ideologischen Kernelementen zählen insbesondere Nativismus und Autoritarismus. Nativismus verbindet nationalistische Vorstellungen mit Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Diskriminierung wie Antisemitismus, Islamophobie oder Antiziganismus. Er beruht auf der Annahme, dass der Staat ausschließlich aus Mitgliedern einer als „einheimisch“ definierten Nation bestehen sollte. Personen, Gruppen oder auch Ideen, die als „fremd“ wahrgenommen und dargestellt werden, gelten in diesem Verständnis als Bedrohung für die Homogenität der Nation und die Stabilität des Nationalstaats.

Dabei verfolgt die radikale Rechte oftmals die Strategie, unterschiedliche gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen – etwa in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Sozialstaat oder Umwelt – systematisch in einen Zusammenhang mit Migration und Asyl zu stellen, um daraus restriktive Forderungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik abzuleiten. Durch diese Kulturalisierung und Ethnisierung sozialer Fragen und Konflikte ist es der radikalen Rechten in den vergangenen Jahren gelungen, erheblichen Einfluss auf politische Diskurse und Entscheidungsprozesse zu gewinnen. Autoritarismus schließlich bezeichnet das Ideal einer streng hierarchisch organisierten Gesellschaft, in der Autorität,

Ordnung und Konformität einen hohen Stellenwert besitzen und Abweichungen von gesellschaftlichen Normen konsequent und hart sanktioniert werden sollen.

Um die Angebotsseite institutioneller und politischer Rahmenbedingungen, aber auch den Wandel und die Kontinuitäten im Handeln der AkteurInnen zu erfassen, ist ein Blick auf die Geschichte der radikalen Rechten aufschlussreich. Dabei stellt sich auch die Frage, wie sich die Rolle verschiedener gesellschaftlicher AkteurInnen und Interessenvertretungen im Lauf der Zeit verändert hat, so etwa der Gewerkschaften. Die Ursachen für ihre abnehmende Mobilisierungskraft rücken in diesem Zusammenhang zunehmend in den Fokus. Denn obwohl Klassenstrukturen weiterhin maßgeblich soziale Ungleichheiten und Lebensbedingungen prägen, hat sich ihre politische Artikulation grundlegend verändert. Ökonomisch oder sozial benachteiligte Gruppen werden politisch immer seltener über traditionelle klassenbasierte Organisationen mobilisiert. Sozialdemokratische Parteien verloren ihre WählerInnen jedoch nicht *vornehmlich* an rechtsradikale Parteien: Forschungen zeigen, dass eine kleine Minderheit ehemaliger sozialdemokratischer WählerInnen sich radikal rechten Parteien zuwendet. Stattdessen kommt es häufig zu einer Entkopplung zwischen sozialer Lage und Parteibindung, während rechtsradikale Parteien gezielt Teile jener Wählerschaften ansprechen, die historisch als soziale Basis von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien galten. Sie greifen dabei Themen wie Migration, kulturelle Anerkennung oder nationale Zugehörigkeit auf und präsentieren diese als zentrale gesellschaftliche Konfliktfelder. Indem sie soziale Spannungen und Ungleichheiten in kulturelle oder nationale Deutungsmuster überlagern, rahmen sie Fragen um Klassenunterschiede und -konflikte diskursiv und laden sie politisch neu auf. Auf diese Weise gelingt es ihnen, Teile der traditionellen wie auch der neuen Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse anzusprechen und politisch zu mobilisieren. In der Forschung wird in diesem Zusammenhang häufig von der „Proletarisierung“ des rechtsradikalen Elektors gesprochen.

Fallstudie Schweiz: Avantgarde der radikalen Rechten in Westeuropa

Die Schweiz gilt als Avantgarde und frühes Laboratorium für die Entwicklung der radikalen Rechten nach 1945. Seit den 1960er Jahren gelang es politischen Parteien und Bewegungen, sich dauerhaft zu etablieren, deren Diskurse und Mobilisierungsstrategien wesentlich auf der Politisierung von Migration sowie auf einer grundlegenden Kritik an politischen

Eliten, etablierten Parteien und den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen beruhen. Dabei demonstrierten sie früh, wie Migration als politisches Konfliktthema genutzt werden konnte, um ein emotional aufgeladenes Bild des „Volkes“ mit der Vorstellung einer privilegierten nationalen Gemeinschaft zu verbinden und zugleich in klassisch populistischer Weise der sogenannten „politischen Klasse“ Versagen und Vertrauensbruch in migrationspolitischen Fragen vorzuwerfen.

In ihrer politischen Rhetorik knüpften sie dabei an den sogenannten Überfremdungsdiskurs an, der den Umgang mit Migration in der Schweiz seit Beginn des 20. Jahrhunderts prägt und im europäischen Vergleich eine bemerkenswerte Kontinuität aufweist. In der Nachkriegsschweiz fungierte der Begriff der „Überfremdung“ als soziokultureller Code, mit dem im Kontext von Migration kulturelle, demografische und ökonomische Bedrohungsszenarien artikuliert und politisch mobilisiert wurden. Das frühe Aufkommen rechtspopulistischer Parteien lässt sich auch durch den spezifischen erinnerungspolitischen Kontext erklären. Die Erinnerung an den helvetischen Faschismus der Zwischenkriegszeit blieb nach 1945 weitgehend marginalisiert. Anders als in vielen anderen westeuropäischen Ländern waren die rechtspopulistischen Parteien und deren radikal-nationalistische Positionen in der Schweiz daher weniger stark durch eine historische Delegitimierung infolge der faschistischen Vergangenheit belastet.

Als erster rechtspopulistischer Akteur formierte sich 1961 die Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (NA) zunächst als Bürgerkomitee; 1967 gelang ihr mit James Schwarzenbach der Einzug in den Nationalrat. Schwarzenbach gehört – neben Pierre Poujade in Frankreich und Enoch Powell in Großbritannien – zu den ersten rechtspopulistischen Führungsfiguren im Nachkriegseuropa. Bis Mitte der 1970er Jahre entstanden weitere rechtspopulistische Kleinparteien, die in den folgenden zwei Jahrzehnten bei nationalen Wahlen zusammen jeweils unter etwa zwölf Prozent der Stimmen blieben. Ihre begrenzte parlamentarische Stärke kompensierten sie durch eine strategische Nutzung der Instrumente der direkten Demokratie. Durch Volksinitiativen und Referenden gelang es ihnen, migrationspolitische Themen wiederholt auf die politische Agenda zu setzen und öffentlichen Druck auf etablierte Parteien auszuüben. Die direkte Demokratie eröffnete den rechtspopulistischen Akteuren bedeutende Gelegenheitsfenster. Die Abstimmungen fungierten dabei als wirksame Mobilisierungsereignisse, sie steigerten die öffentliche Sichtbarkeit der Parteien, erweiterten ihre



Anhängerschaft und verschafften ihren Positionen überproportionale Aufmerksamkeit im politischen und medialen Diskurs.

Ein besonders prägnantes Beispiel ist die sogenannte Schwarzenbach-Initiative, über die 1970 abgestimmt wurde. Sie sah vor, den Anteil von Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft auf zehn Prozent der Gesamtbevölkerung zu begrenzen und hätte im Falle ihrer Annahme zur Ausweisung von rund 300 000 Migrantinnen und Migranten geführt. Der Abstimmungskampf entwickelte sich zu einer der heftigsten politischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit und fand auch in der internationalen Presse große Beachtung. Bei einer Stimmbeteiligung von 74,7 Prozent, der höchsten seit 1947, wurde die Initiative mit 54 Prozent Nein-Stimmen relativ

knapp abgelehnt; stimmberechtigt waren zu diesem Zeitpunkt ausschließlich Männer, da Frauen in der Schweiz erst 1971 das Stimmrecht erhielten. Bereits im Vorfeld der Abstimmung machte die Schweizer Regierung migrationspolitische Konzessionen, um den rechtspopulistischen AkteurInnen politischen Boden zu entziehen. Gleichwohl setzten diese ihre migrationsfeindliche Mobilisierung fort und griffen zunehmend auf ethnopluralistische Argumentationsmuster zurück, die kulturelle Differenz betonten und das Prinzip nationaler Präferenz propagierten. Damit trugen sie dazu bei, dass sich bestimmte Positionen und Deutungen langfristig im migrationspolitischen Diskurs verankerten.

Abstimmungsanalysen zur Schwarzenbach-Initiative zeigen, dass ihre Befürworter überdurchschnittlich häufig aus sozial benachteiligten Milieus sowie aus älteren Bevölkerungsgruppen stammten. Besonders hohe Zustimmungswerte fanden sich in Arbeiterquartieren der industrialisierten Zentren sowie in ländlichen Regionen der Deutschschweiz. Bemerkenswert ist zudem, dass rund 55 Prozent der Mitglieder des Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) für die Initiative stimmten. Bereits im Verlauf des Abstimmungskampfes traten damit deutliche Spannungen innerhalb der Arbeiterbewegung zutage. Diese Konflikte lassen sich auf die ambivalente Haltung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung gegenüber der damals so bezeichneten „Fremdarbeiterpolitik“ zurückführen.

Seit den 1950er Jahren forderten führende Gewerkschaftsfunktionäre wiederholt Maßnahmen zur Begrenzung der Einwanderung der überwiegend aus Italien kommenden Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Ihre Argumentation verband wachstumskritische Einwände gegen die Hochkonjunkturpolitik von Wirtschaft und Behörden mit diskriminierenden arbeitsmarktpolitischen Befürchtungen wie Lohndumping, verschärfter Konkurrenz und mangelnder Arbeitsdisziplin. Zugleich enthielten die Forderungen kulturprotektionistische Elemente. Warnungen vor einer vermeintlichen „Überfremdung“ verbanden sich mit Hinweisen auf einen angeblichen Verlust politischer, kultureller und sprachlicher Eigenheiten durch den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte.

Vor diesem Hintergrund blieb es migrantischen Organisationen, insbesondere der einflussreichen *Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera* (FCLIS) sowie trotzkistischen Splittergruppen überlassen, das Ausbleiben internationaler (Klassen-) Solidarität zu kritisieren und diese Kritik mit Forderungen nach einem entschiedenen Kampf gegen Diskriminierung zu verknüpfen. James

Schwarzenbach selbst stellte später mit Genugtuung fest, dass es ihm gelungen sei, die Schweizer Arbeiterschaft in der „Überfremdungsfrage“ zu spalten. Gemeint war damit eine Verschiebung der Konfliktlinie: An die Stelle gemeinsamer sozialer und ökonomischer Interessen trat eine nationale Abgrenzung zwischen „einheimischen“ und ausländischen Arbeitskräften. In seiner Abschiedsrede im nationalen Parlament 1978 erklärte Schwarzenbach denn auch rückblickend: „Ich habe sie nicht als Arbeiter, nicht als Berufsklasse, sondern als Schweizer angesprochen, und darin lag das Geheimnis des Erfolgs.“ ♦

Dieser Artikel wird in einem 2. Teil im nächsten Heft (Nr. 450) weitergeführt.

Besonders hohe Zustimmungswerte fanden sich in Arbeiterquartieren der industrialisierten Zentren sowie in ländlichen Regionen der Deutschschweiz.
